

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Freitag, 23. Juni 1961

Blatt 1419

## Gießereikongreß im Wiener Rathaus =====

23. Juni (RK) Der 28. Internationale Gießereikongreß wurde anfang dieser Woche in der Wiener Hofburg eröffnet. An der Tagung nehmen Delegierte von 22 Staaten der Erde teil. Für die ausländischen Delegierten gab Bürgermeister Jonas gestern abend einen Empfang in den neuen Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses.

Stadtrat Sigmund begrüßte im Beisein von Stadtrat Heller die Gäste und dankte der internationalen Vereinigung, daß sie ihren Kongreß in Wien abgehalten habe. "Ihre Arbeit", sagte er, "trägt wesentlich zum technischen Fortschritt der Wirtschaft bei. Die Stadt Wien begrüßt es daher besonders, daß die Tagung in ihren Mauern abgehalten wird, umso mehr als Österreich als sehr aktives Mitglied der Vereinigung gilt."

Im Namen der Gäste dankte deren Präsident Prof. Dipl.-Ing. Darnis, Spanien, für den freundlichen Empfang im Wiener Rathauses.

- - -



Wiener Festwochen 1961  
 =====

Das Programm für Sonntag, 25. Juni

Theater:

- Burgtheater: Ferdinand Raimund: "Der Alpenkönig und der Menschenfeind" (Nachmittag, geschlossene Vorstellung für das "Theater der Jugend")  
 Johann Wolfgang Goethe: "Egmont" (Abend)
- Akademietheater: Arthur Schnitzler "Anatol"
- Staatsoper: Sergej Prokofieff: "Romeo und Julia" (Ballett)  
 (Nachmittag, geschlossene Vorstellung für das Jugendabonnement der Stadt Wien)  
 Richard Wagner: "Der fliegende Holländer" (Abend)
- Redoutensaal: Wolfgang Amadeus Mozart: "Cosi fan tutte"
- Volksoper: Carl Zeller: "Der Vogelhändler"
- Theater in der Josefstadt: A.N. Ostrowskij: "Junger Mann macht Karriere" (Nachmittag, geschlossene Vorstellung für das Jugendabonnement der Stadt Wien)  
 Leon Kruczkowski: "Der erste Tag der Freiheit" (Abend)
- Volkstheater: Aischylos: "Die Grabspenderinnen",  
 "Die Eumeniden"
- Kammerspiele: George O'Brien: "Er soll dein Herr sein"
- Raimundtheater: C.M. Ziehrer: "Der Fremdenführer"
- Kleines Theater der Josefstadt im Konzerthaus: Helmut Schwarz:  
 "Die Beförderung"

Musik:

- 9.30 Uhr, Hofburgkapelle  
 Franz Schubert: Messe in Es-Dur  
 Leitung: Berislav Klobucar
- 10.00 Uhr, Schönbrunner Schloßkapelle  
 Joseph Haydn: Nelson-Messe  
 Leitung: Josef Jernek
- 11.00 Uhr, Musikverein (Großer Saal)  
 Gemeinsam mit der Direktion der Wiener Festwochen

Orchesterkonzert

- Alfred Uhl: "Wer einsam ist, der hat es gut"  
 Kantate für Chor, Soli und Orchester  
 nach Gedichten von Busch, Morgenstern  
 und Ringelnatz
- Leonie Rysanek (Sopran), Walter Berry (Bariton),  
 Murrie Dicky (Tenor), Wiener Symphoniker, Singverein  
 der Gesellschaft der Musikfreunde, Dirigent: Heinz  
 Wallberg



19.30 Uhr, Konzerthaus (Großer Saal)  
X. Internationales Musikfest der Wiener Konzerthaus-  
gesellschaft

Orchesterkonzert

Richard Strauss: "Don Juan", op. 20

Andrei Eschpai: Symphonie (Österreichische Erstauf-  
führung)

Peter Iljitsch Tschaikowsky: 5. Symphonie, e-moll,  
op. 64

Staatlichen Symphonie-Orchester der UdSSR, Dirigent:  
Konstantin Iwanow

20.30 Uhr, Heiligenkreuzer Hof  
(bei Schlechtwetter am 26. Juni)  
Direktion der Wiener Festwochen gemeinsam mit der  
Mozartgemeinde Wien

Mozart-Serenade

Anton Dermota (Tenor), Elisabeth Bayer (Harfe),  
Camillo Wanausek (Flöte), Wiener Symphoniker, Diri-  
gent: Claudio Abbado

21.00 Uhr, Rathausplatz

Schlußkonzert

Wiener Symphoniker, Dirigent: Julius Patzak

Sonstige Veranstaltungen:

10.30 Uhr, Vorführungen der Spanischen Reitschule

10 bis 18 Uhr, Künstlerhaus, 1, Karlsplatz 5, Ausstellung:  
"100 Jahre Künstlerhaus, 1861 bis 1961, Beitrag zum  
Wiener Kulturleben".

9 bis 13 Uhr, Wiener Secession, 1, Friedrichstraße 12, Aus-  
stellung: "Moderne Malerei und Plastik in Österreich  
seit 1945".

Schwarzenbergpark, 1, Schwarzenbergplatz, Ausstellung: "Fran-  
zösische Skulpturen von Rodin bis zur Gegenwart".

10 bis 13 Uhr, Albertina, 1, Augustinerbastei 6, Ausstellung:  
"Hauptwerke der Graphik und Handzeichnung von der  
Gotik bis zum Barock".

9.15 Uhr bis 13 Uhr, Historisches Museum der Stadt Wien, 4,  
Karlsplatz, Ausstellung: "Das Schönste aus der  
Graphiksammlung des Historischen Museums der Stadt  
Wien".

9 bis 16 Uhr, Museum für Völkerkunde, 1, Neue Burg, Zugang vom  
Heldenplatz, Ausstellung: "Musikinstrumente aus  
aller Welt".

9 bis 13 Uhr, Österreichische Galerie, Orangerie, 3, Renn-  
weg 6a, Ausstellung: "Die Gotische Buchmalerschule  
von St. Florian".

9 bis 13 Uhr, Prähistorische Abteilung im Naturhistorischen  
Museum, 1, Maria Theresien-Platz, Ausstellung:  
"Situlenkunst zwischen Po und Donau".



- 9 bis 13 Uhr, Österreichisches Museum für angewandte Kunst, 1, Stubenring 5, Ausstellung: Kunstgewerbliche Arbeiten aus unedlen Metallen (Bronze, Messing, Eisen, Zinn) aus den Beständen des Museums für angewandte Kunst.
- 9 bis 13 Uhr, Österreichisches Museum für Volkskunde, 8, Laudongasse 15-19, Ausstellung: "Südtiroler Volkskunst" und "Habaner Geschirr - Keramik der späten Wiedertäufer".
- 10 bis 19 Uhr, Österreichisches Bauzentrum, 9, Fürstengasse 1 (Palais Liechtenstein), Ausstellung: "Moderner Theaterbau".
- 10 bis 13 Uhr, Galerie St. Stephan, 1, Grünangergasse 1/2, Ausstellung: "Neue österreichische Kunst" (Wolfgang Hollegha, Josef Mikl, Martin Prachensky, Arnulf Rainer).
- 10 bis 13 Uhr, Galerie "Junge Generation", 1, Börseplatz 7, Ausstellung: Rudolf Korunka (Graphik).

Bezirksveranstaltungen:

3. Bezirk:

- 10 bis 12 Uhr, Heimatmuseum Landstraße, Sechskrügelgasse 11: Sonderausstellung. Auswahlschau von Werken des Landstraßer Malers und Graphikers Marquis Bayros.

4. Bezirk:

- 9 bis 12 Uhr und 15 bis 17 Uhr, Sammlungen der Karlskirche (Ausstellung barocker Kunstwerke).

9. Bezirk:

- 9 bis 12 Uhr, Heimatmuseum Alsergrund, Währinger Straße 43: Sonderausstellung. "Der Alsergrund um die Jahrhundertwende" in Originalphotographien von Josef Mutterer. Eintritt frei.

12. Bezirk:

- 9.30 Uhr, Meidlinger Heimatmuseum, Nymphengasse 7: Ausstellung. "Wie ein Meidlinger Maler seinen Bezirk sieht".

14. Bezirk:

- 9 bis 16 Uhr, Amtshaus Hietzing, Festsaal, 13, Hietzinger Kai 1: Ausstellung von Werken bildender Künstler des 14. Bezirkes. Eintritt frei.

23. Bezirk:

- 9 bis 12 Uhr, Liesinger Heimatmuseum: Ausstellung. "Gesteine, Minerale und Erze".

- Amtshaus, Festsaal, Perchtoldsdorfer Straße 2: Ausstellung der Künstlerischen Volkshochschule: "Malen als Freizeitgestaltung".



Wiener Europa-Gespräch 1961:Entwicklungstendenzen der europäischen Staatenwelt  
=====

23. Juni (RK) Heute hielt Prof. Dr. J.R. v. Salis (Schweiz) im Rahmen des Wiener Europa-Gesprächs 1961 ein Referat über "Die Verhaltensweisen der europäischen Staatenwelt und die heutigen Entwicklungstendenzen". Prof. Salis erklärte unter anderem:

"Die Außenpolitik unserer Staaten hat ihren Wurzelgrund so sehr in der Geschichte, daß selbst Revolutionen, zum Beispiel die französische und die russische Revolution, die permanenten Interessen dieser Länder und deren Wahrnehmung durch eine traditionsgebundene Diplomatie nur wenig verändern. Doch ist die in europäischen Staaten typische Verhaltensweise, die Jahrhunderte überdauert hat, heute in Frage gestellt. Das "europäische Konzert" und das "europäische Gleichgewicht" existieren nicht mehr.

Die Pluralität der europäischen Staaten ist seinerzeit durch den westfälischen Frieden sanktioniert worden. Seit damals besteht der Grundsatz des Gleichgewichtes im Völkerrecht und solange eine Mehrheit von Mächten vorhanden ist, die sich untereinander im mehr oder minderem Gleichgewicht befinden, wirkt dieser Friedensvertrag weiter. Nach Proudhon würde es nur ein Mittel geben, um das Ergebnis des westfälischen Friedens aus dem europäischen Völkerrecht zu verdrängen: Wenn man aus Europa ein einziges Reich machen würde.

Seit 1648 sind alle Versuche, in Europa die Universalherrschaft einzuführen, zugunsten eines Zustandes, in dem souveräne Staaten in einem spannungsvollen Gleichgewicht nebeneinander leben, gescheitert. Die Geschichtsschreibung kennt die besondere Rolle Englands in dieser Konstellation. In beiden Weltkriegen gestatteten es die Interessen Englands und der ganzen angelsächsischen Welt, also auch der Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht, abseits zu stehen, wenn die Seewege im Atlantischen Ozean und im Mittelmeer an eine kontinentale Macht überzugehen drohten.

./.



Der Friedensschluß in Versailles 1919 muß **als Versuch** der Aufrechterhaltung des Pluralitätsgedankens gegenüber der von Deutschland durch die Ludendorffsche Anexionspolitik und die Vereinbarungen von Brest-Litowsk mit Rußland verfolgten neuen Linie angesehen werden. Die Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie in Einzelstaaten änderte nichts am bisherigen europäischen Konzept. Aber beim Versailler Friedensschluß waren die Europäer nicht mehr unter sich, sondern standen bereits in Abhängigkeit von der internationalen Hochfinanz und der überseeischen Wirtschaft.

Ein politisches System geht immer an den Übertreibungen seiner eigenen, in seinen Wurzeln gesunden, in seinen Wucherungen schädlichen Prinzipien zugrunde. So begriff Europa nicht mehr, daß es sich bei seinen Kämpfen um "europäische Bürgerkriege" handelte; Nationalstaatlichkeit, Souveränität und Wirtschaftsnationalismus verloren das notwendige Maß. In Asien und in Amerika begriff man sehr schnell, daß damit das Monopol des Abendlandes in Verlust geriet.

Das sogenannte Versailler Diktat erwies sich in vielen Dingen als positiv. Die Zurückdrängung der russischen Grenze nach Osten, die Erfüllung nationaler Wünsche, die Entstehung eines souveränen Ländergürtels zwischen Mitteleuropa und der Sowjetunion, der sich zur abendländischen Kultur bekannte, waren das Resultat. Deutschland befand sich nach 1919 in Mitteleuropa in besserer Position als vor 1914, da es nun keine gemeinsame Grenze mit Rußland hatte. Clemenceaux gab 1919 den Jugoslawen den Rat, sich mit den Italienern auszusöhnen und legte auch seinen französischen Landsleuten nahe, in ihrem Verhalten gegenüber den **Deutschen** gleiche Grundsätze anzuwenden. Doch solche Mahnungen blieben bekanntlich hüben und drüben vergeblich. So hat man die Weltwirtschaftskrise 1929 nicht durch eine die Grenzen überwindende Notgemeinschaft bekämpft, sondern durch die Errichtung unüberwindlicher Schranken vertieft, hinter denen jeder Staat sein eigenes Elend verwaltete.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika blicken nunmehr auf 40jährige Erfahrung mit europäischer Politik zurück. Dem amerikanischen Denken erscheinen die alten europäischen Verhältnisse mit ihren Intrigen, Allianzen und periodisch wiederkehrenden



Waffengängen fremd und konträr; die Unterdrückung fremder Nationalitäten, die Eroberung von Kolonien und die Kriege um Länderfetzen unverständlich. F. T. Roosevelt und J. F. Kennedy sind als Führer der demokratischen Partei Erben Wilsons und damit besondere Vertreter des geschilderten Gedankengutes.

In Europa hat man die Bemühungen des Völkerbundes, den Krieg durch friedliche Zusammenarbeit zu ersetzen, verlacht. Aber in den "Studien" des ehemaligen Generalstabschefs Ludwig Beck aus dem Jahre 1938 finden sich folgende seherische Sätze: Europa schrumpft von Jahr zu Jahr weiter und rascher als andere Erdteile zusammen. Infolge seiner zentralen Lage in Europa wohnt Deutschland gleichsam im Zentrum einer Stadt oder im Mittelstock eines Wohnhauses mit anderen Mietern über, unter und neben sich. Die Folgen dieses Schrumpfungsprozesses für die Kriegsführung ergeben sich im umgekehrten Sinn. Die modernen Kriegsmaschinen brauchen großen Raum, wenn ihre Leistungen wirklich ausgenützt werden sollen.

Tatsächlich kommen uns heute schon Kriege aus nationalen Gründen auf der Westseite Europas undenkbar vor, sie hätten nur den Charakter von Straßen- und Häuserkämpfen, wenn nicht Massenvernichtungswaffen auch dieser Art ein vorzeitiges Ende bereiten würden. Allerdings ist es zweifelhaft, ob für diesen Gedanken eine tatsächliche Sinnesänderung ausschlaggebend scheint. Den westeuropäischen Nationen sind im letzten Weltkrieg die Tigerzähne ausgeschlagen worden und sie haben ihre Ohnmacht erkannt.

Die westeuropäische Struktur bedingt auch gegenwärtig eine durchaus defensive Verhaltensweise gegenüber Osteuropa. Außerdem ist die Integration mit den übrigen Weltproblemen so weit fortgeschritten, daß das europäische Problem nicht mehr isoliert gelöst werden kann. Was nach der Katastrophe des letzten Weltkrieges bleibt, ist die Notwendigkeit für Westeuropa, politisch und strategisch in engsten Verbindungen mit Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Kanada zu bleiben, die einen genügenden Schutz und Operationsraum gewähren können. Auf sich allein gestellt, bildet Westeuropa niemals eine "dritte Kraft". Deshalb sind auch die Versuche Frankreichs, eine nukleare Vergeltungswaffe aufzubauen, nahezu wertlos. Vergangen ist das europäische



Gleichgewicht, das nur durch die Präsenz der Vereinigten Staaten auf der einen, und der Sowjetunion auf der anderen Seite des "Eisernen Vorhanges" weiterhin repräsentiert wird."

Prof. v. Salis ging im weiteren Verlauf seines Referates auf die Schwierigkeiten der europäischen Integration ein und zitierte den schweizerischen Außenminister Petitpierre, demzufolge derzeit auf militärischer Ebene ein Bündnis atlantischen Charakters besteht, das also nur entfernt europäisch genannt werden kann. Im politischen Bereich sei die Integration am weitesten zurück und nur die wirtschaftliche Verflechtung entwickle sich dank der allgemeinen Konjunktur - trotz den Spannungen EWG-EFTA - erfolgversprechend.

Ein neues europäisches System müßte politische und föderative Gemeinsamkeitsmerkmale aufweisen, wenn es Bestand haben soll. Zoll-Vereinbarungen reichen hierfür nicht aus. Doch diese Integration würde ihrerseits auch nur wieder ein Stück Weg zur allgemeinen Sicherheit, zum Wohlergehen und der Freiheit Europas sein, da hierfür sowohl die Verbindung mit dem erweiterten Abendland jenseits der Meere, wie auch das Erkennen und Näherkommen bezüglich der "dritten Welt" notwendig ist: Dies sind die Länder Asiens und Afrikas, deren Freundschaft Europa nötig braucht.

- - -

Sitzungen Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche

=====

23. Juni (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 27. Juni:

16 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1, 2. Stock.

Mittwoch, 28. Juni:

16 Uhr, Simmering, Enkplatz 4, 1. Stock.

Donnerstag, 29. Juni:

16 Uhr, Penzing, 13, Hietzinger Kai 1, Festsaal.

Freitag, 30. Juni:

16 Uhr, Meidling, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock.

- - -



Wiener Europa-Gespräch 1961:Die Zukunft der Demokratie  
=====

23. Juni (RK) Heute hielt Dr. R. Lowenthal (derzeit Frankreich) einen Vortrag über "Die Zukunft der Demokratie". Er stellte unter anderem fest:

"Die Legitimierung der Staatsordnung durch den Volkswillen ist heute nahezu universell: Auch die modernen Diktaturen, und besonders die totalitären Einparteistaaten, berufen sich auf den Volkswillen. Die einzige Alternative - traditionelle und religiöse Legitimierung - ist überall durch die tatsächliche Erschütterung der traditionellen Ordnungen mit der Beschleunigung der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse unhaltbar geworden, und nur noch wenige traditionalistische Autokratien versuchen, an ihr festzuhalten. Die Berufung auf den Volkswillen folgt auch aus der Notwendigkeit der aktiven Mitarbeit aller Volksschichten im modernen oder sich modernisierenden Staat, aus der Ausbreitung der allgemeinen Schulbildung etc.

Die politische Rechtsgleichheit, also die Verwerfung eines Unterschiedes zwischen vollberechtigten Staatsbürgern und politisch rechtlosen oder rechtsbeschränkten Untertanen - ist heute als Prinzip ebenfalls nahezu universell anerkannt. (Selbst in den totalitären Staaten mit kommunistischer Ideologie besteht diese Rechtsgleichheit auf dem Nullniveau.) Die Staaten, die ihre innere Ordnung noch auf das Rassenprinzip zu gründen suchen, wie Südafrika, kämpfen einen geschichtlich aussichtslosen Kampf. Die Überreste eines traditionellen Kastensystems in den Südstaaten der USA oder in Indien werden durch Regierungspolitik und öffentliche Meinung Schritt für Schritt zurückgedrängt. Die verschiedenen Formen eines ständischen oder klassenmäßig abgestuften Wahlrechts haben in den letzten 150 Jahren in allen entwickelten Ländern dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht Platz gemacht. Hier liegt der Hauptunterschied zwischen moderner und antiker Demokratie.

Die Frage nach der Zukunft der Demokratie reduziert sich daher auf das dritte Merkmal - die faktische Möglichkeit der freien Wahl zwischen alternativen Regierungen, daher zwischen



alternativen politischen Linien, und die Kontrolle des bürokratischen Apparats, die durch die Verantwortlichkeit einer stürzbaren Regierung ermöglicht wird. Demokratie in diesem Sinne von 'government by consent of the governed', dadurch gekennzeichnet, daß der consent verweigert werden kann, ist nicht nur ein Regierungssystem, sondern auch die einzige institutionelle Garantie der persönlichen Freiheitsrechte, und darum von vitaler Bedeutung für alle, denen an der Freiheit des Individuums und der Freiheit des Geistes liegt. Aber gerade in diesem Sinne ist die Zukunft der Demokratie heute umstritten, ist sie zentraler Gegenstand der geschichtlichen Auseinandersetzungen unserer Zeit.

Demokratie in unserem Sinne ist ein geschichtlich neues Produkt der Entwicklung der modernen westlichen Zivilisation. Sie hat sich, ebenso wie die moderne Industriegesellschaft, originaler nur auf dem Boden der modern-westlichen relativen Verselbständigung von Gesellschaft und Staat gegeneinander entwickelt - aus dem Druck auf Anpassung des Staates an die Bedürfnisse einer sich autonom entwickelnden, ökonomisch progressiven Gesellschaft. Sie setzt einen hohen Grad von kultureller Homogenität und ein Minimum von sozialer Homogenität insofern voraus, als sie mit dem Bestand extremer, unvermittelter Klassengegensätze und dem Fehlen einer breiten, unabhängigen Mittelschicht erfahrungsgemäß nicht vereinbar ist.

Die Gefährdung der Demokratie im 20. Jahrhundert ist das Produkt der weltweiten Beschleunigung der gesellschaftlichen Umwälzungen, die von ihrer westlichen Zwillingschwester, der modernen industriellen Dynamik, hervorgerufen worden ist.

Die Zerstörung der traditionellen Ordnung und Autorität, der traditionellen Lebens- und Denkformen und die damit verbundene Erschütterung der materiellen und ideellen Sicherheit haben in Europa schon im 19. Jahrhundert zur Entstehung ideologischer Ersatzreligionen geführt, um deren chiliastische Erwartungen sich später totalitäre Bewegungen kristallisierten.

In den westlichen Ursprungsländern der modernen industriellen Entwicklung sind solche Bewegungen nirgends im Prozeß der Industrialisierung selbst zur Macht gekommen. Wohl aber haben die neuen Probleme der vollentwickelten Industriegesellschaft in einem Falle katastrophal krisenhafter Entwicklung zu der



totalitären Scheinlösung des Nationalsozialismus geführt. Während derart krisenhafte Tendenzen heute in den entwickelten Industrieländern nicht zu beobachten sind, stellen ihre fortlaufenden Strukturwandlungen, und insbesondere die wachsende Wiederverflechtung von Gesellschaft und Staat, den demokratischen Institutionen doch überall mindestens erhebliche Anpassungsprobleme.

In den "unterentwickelten Ländern", also denen, deren Gesellschaftsstruktur nicht aus sich heraus eine moderne Industrieentwicklung hervorgebracht hat, verläuft der Prozeß der Modernisierung heute größtenteils in zeitlicher Zusammenraffung und daher mit entsprechend stärkeren sozialen geistigen Erschütterungen; gleichzeitig muß eben auf Grund der ungünstigen Gesellschaftsstruktur die Staatsmacht dort eine weit größere Rolle im Modernisierungsprozeß spielen, als im Westen. Dies hat in einigen dieser Länder zum Sieg von totalitären Bewegungen kommunistischen Typs geführt, und begünstigt in der großen Mehrzahl von ihnen mindestens zeitweise eine diktatorische Machtkonzentration in einer oder der anderen Form.

Die Tatsache, daß das kommunistische Parteiregime in den Ländern des Sowjetblocks sich als permanent zu behaupten sucht, indem es die Gesellschaft gemäß seinen vorgegebenen Zielvorstellungen einer permanenten Revolution von oben unterwirft, besagt natürlich weder, daß es keinem geschichtlichen Wandel unterworfen ist, noch daß demokratische Tendenzen sich dort unter keinen Umständen durchsetzen können. Das Heranreifen einer modernen Industriegesellschaft in der Sowjetunion hat auch dort eine wesentliche Wandlung der Formen des Regimes, eine Abkehr vom Massenterror und eine wachsende Ersetzung von Zwangsmaßnahmen durch materielle Anreize im Wirtschaftsleben herbeigeführt; und das heißt, daß neben der machtpolitischen und ideologisch bestimmten revolutionären Dynamik fühlbar macht, und zu erheblichen Konzessionen an das Bedürfnis der Menschen nach persönlicher und geistiger Freiheit führt. Doch diese Konzessionen bleiben institutionell ungesichert, solange die Parteidiktatur besteht, und eine wesentliche Zurückdrängung und schließlich Ablösung der Parteidiktatur - vermutlich zunächst durch eine weniger ideologische Herrschaft der Bürokratie, die dann dem Druck von unten echte demokratische Konzessionen würde machen müssen - scheint



nur im Augenblick einer neuen Nachfolgekrise in der Spitze denkbar, wie sie ja bereits als Ausgang der nach Stalinschen Nachfolgekrise denkbar gewesen wäre. Ob in einem solchen kritischen Augenblick die mögliche geschichtliche Wende tatsächlich eintritt, wird freilich nicht zuletzt auch davon abhängen, ob in dem weltweiten Wettstreit des demokratischen und des totalitären Systems die Demokratie ihre Lebenskraft sowohl im eigenen Bereich wie im Einfluß auf die umstrittenen Entwicklungsländer erwiesen hat, oder ob ein weiterer Vormarsch totalitärer kommunistischer Bewegungen die Einflüsse stärkt, die die führende Schicht der Sowjetunion an den eigenen revolutionären Ursprung ketten."

- - -

Kahlenberg-Restaurant wird als Hotel ausgebaut  
=====

23. Juni (RK) Immer mehr Fremde besuchen Wien und der Mangel an Hotelbetten wird ständig größer. Große Nachfrage herrscht auch nach erstklassigen Hotels. Hotelbetten der Kategorie A, von denen es im Jahre 1937 in Wien noch 2.940 gab, sind gegenwärtig nur etwa 990 vorhanden.

Wie Stadtrat Schwaiger in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kahlenberg-Ges.m.b.H. heute der Presse mitteilte, hat sich diese Gesellschaft deshalb entschlossen, das jetzige Kahlenberg-Restaurant zu einem sehr guten Hotel auszubauen, in dessen zweistöckigem Wohntrakt sich 33 Zimmer mit zusammen 60 Betten befinden werden.

Bei dem von Prof. Arch. Dipl.-Ing. Kutschera entworfenen Projekt handelt es sich um eine Verlängerung des jetzigen Restaurants in Richtung Donau. Auch der neue Wohntrakt wird nicht höher sein als das jetzige Restaurationsgebäude, damit die bekannte Silhouette des Kahlenberges in keiner Weise beeinträchtigt wird. Fast alle Zimmer werden südseitige Lage haben und über einen Balkon verfügen. Die Beheizung wird an die vergrößerte Heizanlage des Restaurants angeschlossen. Die Küche des Restaurants wird auch dem Hotelbetrieb zur Verfügung stehen. Durch eine entsprechende technische Ausstattung wird das Hotel Kahlenberg zu den modernsten in Wien zählen.

./.



Dadurch, daß die Gebäudeachse in ost-westlicher Richtung verläuft, werden fast alle Hotelzimmer mit Ausnahme in den Morgenstunden nahezu ganztägig Sonnenschein haben, wie das sonst nur bei Sanatorien und Heilanstalten vorkommt. Die prachtvolle, gesunde und staubfreie Lage mitten im Wienerwald wird das Hotel sicherlich zu einem Anziehungspunkt für solche Besucher Wiens machen, die dem Lärm und dem Getriebe der Stadt entrückt sein wollen. Trotz dieser Vorzüge ist das Hotel Kahlenberg verkehrsmäßig sehr günstig gelegen, da es über die Höhenstraße vom Stadtzentrum in etwa 20 Minuten zu erreichen ist.

Die Baukosten werden sich einschließlich der Hotelzeimereinrichtung auf etwa 18 Millionen Schilling belaufen. Zehn Millionen Schilling davon versucht die Gesellschaft aus ERP-Mitteln zu bekommen; sieben Millionen Schilling stammen aus einer Aufstockung des Gesellschaftskapitals durch die Gemeinde Wien. Mit den Bauarbeiten wird in allernächster Zeit begonnen. Man hofft, daß das Hotel im Mai 1963 bereits in Betrieb genommen werden kann.

Hinter der Kahlenberger Kirche wird nach entsprechender gärtnerischer Ausgestaltung ein Parkplatz für die Hotelgäste angelegt. Das Gelände um die Kirche wird durch das neue Projekt über mehr Grünflächen verfügen als bisher. Ausdrücklich wird festgestellt, daß nicht ein einziger Quadratmeter Wald- und Wiesengürtel verbaut wird.

Weil durch den Bau des Hotels ein Teil der links vom Kahlenberg-Restaurant gelegenen Aussichtsterrasse verloren geht, wird über den Hang des Kahlenberges hinausreichend eine neue Aussichtsterrasse geschaffen, die noch dazu den Vorteil bietet, nicht nur die Aussicht donauabwärts, sondern auch donauaufwärts genießen zu können.



Wiener Europa-Gespräch 1961:Die Bedeutung der Philosophie für unsere Zukunft  
=====

23. Juni (RK) Heute nachmittag sprach der in Giessen wohnhafte deutsche Gelehrte Prof. H. Blumenberg über "Die Bedeutung der Philosophie für unsere Zukunft". Der Vortragende erklärte zunächst, daß er keine Prognose stellen könnte, jedoch die Erwartungen formulieren wolle, die in der Gegenwartsituation an die Philosophie herangetragen werden. Gegenwärtig schein es so, als läge die humane Problematik unserer Wissenschaft in der rücksichtslosen Konsequenz, mit der sie ihre autonomen Motive verfolgt. Doch ein Vergleich mit der Technik beweist, daß diesbezügliche Befürchtungen unbegründet sind: viele Ärgernisse, die wir der Technik zur Last legen, beruhen nämlich darauf, daß noch nicht genug Technik zum Zuge gekommen ist. So hat sich auch das Fortschreiten der Wissenschaft bisher in Ergebnissen und Anwendbarkeiten mit vordergründiger Ausschließlichkeit bekundet, doch liegt vielleicht der wahre Fortschritt der Wissenschaft, also ihr humaner Ertrag auf einer neuen Stufe der Wissenschaftlichkeit selbst. In der Zweckidee unserer Wissenschaft liegt eine doppelte Tendenz, die sowohl auf Sachbeherrschung, wie auf Selbstbesitz des Menschen hinzielt. Der gegenwärtige Status der Wissenschaft hat nun seine Problematik im eigensinnigen Anwachsen der Sachbeherrschung und der Unterentwicklung des Selbstbesitzes. Dies läßt sich auch anders ausdrücken: die Wissenschaft hat die gegenwärtige Lebensform des Menschen zwar von außen geprägt, aber nicht von innen erfüllt.

Philosophie ist werdendes Selbstbewußtsein des Menschen, denn der Mensch wird sich selbst gegenwärtig in seinen Antrieben, Bedingtheiten und Möglichkeiten erfassen, kurz er bringt seine Sache vor sich selbst zur Sprache. Die damit gestellte Aufgabe, Phänomene zu beschreiben, also zu sagen, was mit uns und in uns da ist, stellt den Prozeß dar, mit der Armut unserer Sprache den Reichtum unserer Wirklichkeit einzuholen.

Dabei geht es keineswegs nur um theoretische Erkenntnisse, denn das Kennzeichen unserer Welt ist ja eine verhängnisvolle Inkongruenz von Handeln und Bewußtsein.



Wir müssen wissen, was wir tun, um uns fragen zu können, ob es das ist, was wir tun sollen. Wenn wir der Philosophie die Aufgabe zuschreiben, die Integration des Bewußtseins zu vollziehen, und dadurch unser Bewußtsein auf die Höhe unserer Leistungsperfektion zu bringen, so hat das noch keinen moralisierenden Sinn, hängt also weder mit dem Problem der Atombombe noch mit der medizinischen Ethik zusammen. Die Philosophie hat eben immer die folgenschwere Neigung gehabt, die ganz großen Fragen zu stellen und darüber anderes unbeantwortet zu lassen.

Die traditionelle Geschichtsschreibung der Philosophie läßt die Neuzeit mit einem Traktat über die Methode beginnen. In dieser Programmschrift der Wissenschaft hat Descartes aller Naturerkenntnis das Ziel gesetzt, das menschliche Dasein in der Welt zu sichern. Aber für Descartes war die Wissenschaft eine humane Dienstfunktion und demzufolge gipfelte für ihn die Zweckbestimmung der Naturerkenntnis in der Medizin und nicht in der Physik. Das "Glück" blieb der zentrierende Begriff des Weltbildes. Das Weltmodell dieses Philosophen brauchte die Stellung des Menschen in der Welt nicht zu bestätigen, weil es bereits eine eindeutige Sinngebung für alle denkbaren Weltmodelle enthielt. Wir aber müssen uns damit abfinden, daß in der menschlich-geschichtlichen Wirklichkeit die Motive noch nicht über die Funktionen entscheiden. Die Funktion der Wissenschaft hat in unserer Wirklichkeit nichts mehr mit den Motiven ihres früh-neuzeitlichen Ursprunges gemein. Das gern herangezogene "Ethos der Wissenschaft" hat in Wahrheit mit Ethik nichts zu tun, sondern ist eine Formel für die Autonomie der Wissenschaft, die sich als bedingungsloser Imperativ in die Funktionalisierung der an ihr wirkenden Individuen umsetzt.

Der ursprüngliche Mechanismus zwischen Motiv und Funktion muß als gelöst erkannt werden, die Zuordnung des Weltmodells zum Weltbild ist abgerissen. Daher blicken wir gebannt ins Reich der Physik, wo nicht nur die Potenzen angehäuft werden, die die Welt zur Hölle oder zum Paradies zu verwandeln scheinen, sondern wo auch Modelle entstehen, die vielleicht zu Bildern der Welt übersetzt werden.



Die Philosophie aber wird in der Zukunft kaum ein neues Weltbild entwerfen.

Der Druck unserer Weltkrise läßt immer wieder den Ruf nach diesem Weltbild laut werden. Die Philosophie, so verlangt man, soll dem Westen nun endlich das geben, was sie dem Osten schon lange zugespült hätte, nämlich ein umfassendes, allen Bedürfnissen der Welterklärung und Weltlenkung genügendes, Impuls und Härte vereinendes, Naturgesetz und Geschichtsgesetz identifizierendes Bild der Wirklichkeit. Aber die Philosophie hat eine ganz anders geartete Aufgabe. Sie muß nämlich das Selbstbewußtsein der Wissenschaft werden, sie muß die Wissenschaft ihrem Wesen nicht nach außen transzendieren, sondern nach innen. Die Philosophie gibt der Wissenschaft zu verstehen, was letztgenannte tut.

Die uns so offenkundig erscheinende Rücksichtslosigkeit der Wissenschaft gegenüber dem, was der Mensch am dringendsten nötig zu haben scheint, ist unter anderem Aspekt die höchste Rücksicht auf ein Wesen, das sich die endgültigen Gewißheiten versagen muß, um seine eigene Wahrheit als Freiheit zu finden und zu leben. Der philosophisch in seiner Notwendigkeit bewußt gewordene Weltbildverzicht ist zwar noch nicht Freiheit, aber doch die Bedingung ihrer Möglichkeit.

- - -

#### Wiener Europa-Gespräch 1961:

##### Die Zukunft der Demokratie

=====

23. Juni (RK) Im Anschluß an das Referat von Prof. H. Blumenberg über das Thema "Die Bedeutung der Philosophie für unsere Zukunft" wurde eine Diskussion über "Die Zukunft der Demokratie" abgehalten. An dieser Debatte beteiligten sich Direktor Prof. Dr. S. Lessona (Italien), Dr. R. Lowenthal (derzeit Frankreich), der Schweizer Journalist Dr. L. Stucki und Prof. Dr. A. Wandruszka (Österreich).

Von Prof. Dr. S. Lessona (Italien) liegt die nachstehende Zusammenfassung vor: "Die Idee der Demokratie ist untrennbar an die Idee der Freiheit gebunden, da in einer Demokratie die grundlegenden Rechte des Menschen und Bürgers immer gewährt werden



müssen. Daher die Möglichkeit zu weiteren Änderungen der Staatsordnung und Regierungsform, vorausgesetzt, daß sie immer in demokratischer Weise durchgeführt werden. Folglich hat ein demokratischer Staat das Recht und die Pflicht, gegen Personen oder Gruppen einzuschreiten, die entweder mit Gewalt oder mittels des demokratischen Systems eine Diktatur zu erreichen beabsichtigen. In diesem Sinne hat zum Beispiel die Kommission für Menschenrechte mit ihrem Beschluß des 20. Juli 1957 die Klage der Kommunistischen Partei der Bundesrepublik Deutschland für unstatthaft erklärt. Die Partei hat bekanntlich das Urteil des Verfassungsgerichtshofes der Bundesrepublik in Karlsruhe angefochten, da sie, für verfassungswidrig erkannt, verboten worden war.

Da die Kommunistische Partei erklärte, ihr Ziel sei die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen, entschied die Kommission, daß die Partei sich nicht auf die Rede-, Gewissens-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit berufen könne. Denn der Artikel 17 der römischen Konvention vom 4. November 1950 verbietet jedem, der mit seiner Tätigkeit auf die Vernichtung der, von der Versammlung selbst anerkannten Rechte oder Freiheiten hinzieht, sich auf die konstitutionellen Freiheiten zu berufen.

Unter der demokratischen Freiheit versteht man jedoch nicht nur den traditionellen Begriff, der aus dem Trinom, liberté, égalité, fraternité, entsprungen ist: Er reicht heute viel weiter und schließt auch die Sicherheit vor materieller Not ein (freedom from need).

Gleichzeitig muß der demokratische Staat seine Autorität gegenüber allen Interessenverbänden aufrechterhalten, da sie von entgegengesetzten Interessen getrieben, darauf hinzielen, ihre Interessen zum Schaden anderer sozialer Schichten überwiegen zu lassen.

Wenn der Staat seine Autorität nicht aufrecht erhält, fällt es durch Reichtum, Anzahl oder durch Initiative einflußreicher Minderheiten leicht an die Macht zu kommen und so eine Klassendiktatur, eine Oligarchie oder einen Diktator zu errichten.

Ein anderes Mittel zur Verteidigung der Demokratie stellt eine gut funktionierende öffentliche Verwaltung dar. Sie muß unbedingt unparteiisch sein und dem Interesse des Publikums dienen, ohne sich von Gruppen, Parteien oder von einflußreichen Politikern



unter Druck setzen zu lassen. Wenn der Bürger sich an die Verwaltung wendet, muß er wissen, daß er es mit einer objektiv arbeitenden Organisation zu tun hat."

Zur europäischen Einigung meinte Prof. Dr. S. Lessona: "Wenn wir eine europäische Gesinnung, auf die feste Überzeugung ihrer Notwendigkeit gegründet, erreichen, wird das Ergebnis viel fruchtbarer und dauerhafter sein, als das einer durch Gewalt geschaffenen, künstlich totalitären Gesinnung. Zur Formierung dieser europäischen Gesinnung, die zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa führen kann, ist die Schaffung eines gemeinsamen Rechtes ein nützliches Hilfsmittel.

Ein jeder weiß, daß die Auferstehung des römischen Rechtes dank der mittelalterlichen Legisten bei der Einigung der italienischen Volksgruppen mit den andersrassigen Völkern, die Italien eroberten, eine bemerkenswerte Rolle gespielt hat. Bemühungen in dieser Richtung wurden schon angestellt; doch müssen sie verstärkt und auf das Gebiet der persönlichen Beziehungen ausgedehnt werden.

Meiner Meinung nach haben wir in der Kommission für Menschenrechte ein bewundernswertes Beispiel. Diese umfangreiche Einrichtung erlaubt dem Bürger, der sich in den von der römischen Konvention vorgesehenen Grundrechten vom eigenen Staat verletzt fühlt, Gerechtigkeit zu erlangen. Die teilnehmenden Staaten haben sich verpflichtet, die Urteile als bindend anzuerkennen.

Andere Versuche zur Vereinheitlichung des Privatrechtes sind im Gange, zum Beispiel auf dem Gebiet der Handelsgenossenschaften im allgemeinen und auf dem Gebiet der Aktiengesellschaften im besonderen.

Der Diskussionsbeitrag von Dr. R. Lowenthal (derzeit Frankreich) lautet: "Die Gefährdung der Demokratie im 20. Jahrhundert ist das Produkt der weltweiten Beschleunigung der gesellschaftlichen Umwälzungen, die von ihrer westlichen Zwillingschwester, der modernen industriellen Dynamik, hervorgerufen worden ist.

Totalitäre Tendenzen sind in den vorgeschrittenen Industrieländern von der Entwurzelung immer neuer Schichten durch die ökonomisch-soziale Dynamik zwar immer wieder erzeugt worden, und können auch in Zukunft auftreten. Sie sind bisher jedoch nur in einem Falle



zum Siege gelangt, im Deutschland der letzten großen Weltwirtschaftskrise, als ein internationales Versagen in der Zählung des kapitalistischen Zyklus' mit schweren ungelösten Problemen der nationalen Existenz zusammentraf. Seither ist durch die Entwicklung der Technik der Vollbeschäftigung im Rahmen von planwirtschaftlich-marktwirtschaftlichen Mischsystemen, durch die allgemeine Durchsetzung wohlfahrtsstaatlicher Prinzipien in den hochentwickelten Ländern, und durch die Schaffung neuer Organe der internationalen und übernationalen Zusammenarbeit eine Wiederholung derartig tiefgreifender wirtschaftlich-sozialer Krisen grundsätzlich vermeidbar und bisher in der Praxis auch vermieden worden. Ihre Vermeidung in der Zukunft ist jedoch nicht schon deshalb gesichert. Sie hängt vor allem von der wirtschaftspolitischen Bewältigung der neuen Probleme des Überganges zur Automation sowie davon ab, daß eine weitere Intensivierung der internationalen wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit ein gleichmäßiges Produktionswachstum auf einem hohen Beschäftigungsniveau ermöglicht und die Gefahr beseitigt, daß der Fortschritt der schnell wachsenden Länder durch die währungspolitischen Rückwirkungen ungleichmäßigen Wachstums gehemmt wird.

Gerade die fortschreitende Lösung der wirtschaftlich-sozialen Probleme der Industriegesellschaft, und damit die erfolgreiche Abwehr der totalitären Tendenzen im Innern der freiheitlichen Demokratien, schafft jedoch ein anderes Problem für deren Weiterentwicklung: Eine Tendenz zur stetigen Erweiterung der Funktionen und Vollmachten der Exekutivgewalt, und damit zur Erschwerung ihrer wirksamen demokratischen Kontrolle. Diese Tendenz geht einerseits von dem Wachstum der wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des Staates aus, das sich auch in Ländern, deren Regierungen sich theoretisch zum höchstmöglichen Wirtschaftsliberalismus bekennen, als unvermeidlich erwiesen hat; die Wirkung ist, daß der bürokratische Verwaltungsapparat zu einer Lebensmacht wird, die weit über die traditionelle Sphäre des Politischen hinaus in das Leben des einzelnen eingreift, und deren vielfältige Operation sich der wirksamen Kontrolle durch ein nationales Parlament immer mehr entzieht. Andererseits nimmt die Bewegung für übernationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem wie auf militärischem Gebiet naturgemäß zunächst die Form der Schaffung gemeinsamer Exekutivorgane an, gegen



deren Schaffung der politische Widerstand geringer ist, als gegen die direkte Verschmelzung der politischen nationalen Institutionen; das bedeutet jedoch, daß jeder Fortschritt im internationalen Zusammenschluß während einer längeren Übergangsphase mit einer mindestens zeitweisen Schwächung der demokratischen politischen Kontrolle über wichtige Bereiche behördlichen Handelns erkauft wird. Die demokratische Kontrolle der öffentlichen Gewalt wird so von beiden Seiten her gerade in dem geschichtlichen Augenblick geschwächt, in dem die relative Verselbständigung von Staat und Gesellschaft gegeneinander, die an der Wiege der modernen Demokratie stand, allgemein einer zunehmenden Verflechtung zwischen beiden Platz macht.

Die Erschwerung der demokratischen Kontrolle durch die wachsende Machtvollkommenheit der Exekutivgewalt mit dem Wachstum der öffentlichen Aufgaben findet ihr Gegenstück in der Erschwerung der demokratischen politischen Meinungs- und Willensbildung durch eine Krise des Parteiensystems, die in verschiedenen demokratischen Ländern verschiedene Formen annimmt, aber in einer oder der anderen Form nahezu überall anzutreffen ist. Die offenkundige Überlebtheit sowohl der wirtschaftsliberalen wie der sozialistischen Doktrinen in ihrer ursprünglichen, aus dem 19. Jahrhundert übernommenen Form, und die weitgehende praktische Übereinstimmung, sowohl über die allgemeine Richtung der sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben, wie über die Notwendigkeiten der Verteidigung freiheitlicher Institutionen gegen den totalitären Druck von außen, haben zu einer Lage geführt, in der die Herausarbeitung klar verständlicher Alternativen für die großen Linien der politischen Entwicklung, im Unterschied zu bloßen technischen Einzelheiten, immer schwieriger wird. Die Folge ist in einem Fall eine Tendenz zur Aufsplitterung der großen Parteien in eine Vielfalt kleiner Interessengruppen, deren Gegeneinander den demokratischen Mechanismus ablehnt und entweder zur chronischen Regierungskrise mit faktischer Verselbständigung der Bürokratie oder zur Abwertung des Parlaments durch ein offen autoritäres Regime führt; im andern Falle eine Annäherung der Parteiprogramme bis zu einem Grad, daß der politische Kampf nur noch als bloßer Kampf um die Futterkrippe erscheint, und als Ausdruck dieser Lage entweder die permanente Koalition oder die ständige Wieder-



wahl der in einem bestimmten Moment an der Macht befindlichen, im Sinne des allgemein Gewollten erfolgreichen Regierungspartei."

Zur politischen Zukunft der Entwicklungsländer erklärte Dr. Lowenthal: "Das Fehlen einer Gesellschaftsstruktur, die aus sich heraus eine moderne Industriegesellschaft hervorbringen würde, in den unterentwickelten Ländern führt notwendig dazu, daß sobald das Verlangen nach industrieller Modernisierung aufsteht, dem Staat und politischen Bewegungen dabei eine weit größere Rolle zugewiesen wird, als bei der Entwicklung der alten Industrieländer der Fall war. Wo eine zu industrieller Investition geeignete, unabhängige Mittelschicht fehlt und ausländisches Kapital nur einseitig in Rohstoffindustrien und Plantagen angelegt wurde, fällt die Stimulierung und Koordinierung der Investitionen und oft auch die Aufbringung des notwendigen Kapitals zunächst dem Staate zu. Wo der Masse der Bevölkerung die zur industriellen Arbeit erforderlichen Elementarkenntnisse ebenso fehlen wie der Sinn für Zeiteinteilung und Arbeitsdisziplin, und die Gewöhnung an rationales, von magischen Elementen freies Denken ebenso wie ein gemeinsames Nationalbewußtsein, werden die Veränderungen, die im Westen im Laufe von Jahrhunderten von Reformation und Gegenreformation, Aufklärung und Schulpflicht hervorgebracht wurden, alle zugleich zur dringlichen öffentlichen Aufgabe. Wo die zur Kapitalaufbringung erforderlichen Opfer von einer überwiegend noch in primitiver Armut lebenden Bevölkerung verlangt werden, und wo diese Häufung öffentlicher Aufgaben inmitten einer sich rasch zersetzenden traditionellen Ordnung, bei großem Mangel an moralisch integren politischen und Verwaltungskadern und bei noch größerem Mangel an rationalem Verständnis der Probleme bei den Volksmassen geleistet oder doch begonnen werden muß, entsteht eine in den meisten Fällen unwiderstehliche Tendenz zu diktatorischer Machtkonzentration und Beschränkung, wenn nicht Ausschaltung, der Freiheit der Kritik.

Entwicklungsdiktaturen, sei es in der Form der Militärdiktatur, sei es der in "demokratischen" Formen getarnten Einparteiherrschaft, sei es in Mischformen, sind daher in den letzten Jahren in all den Entwicklungsländern zur Regel geworden, die nicht aus der Zeit der europäischen Kolonialherrschaft über die äußeren Formen der parlamentarischen Demokratie hinaus wenigstens



einige der gesellschaftlichen und geistigen Voraussetzungen ihres Funktionierens mitgebracht haben. Diese Diktaturen werden von der nationalistischen Intelligenzschicht - einschließlich der "Intellektuellen in Uniform" in einigen Ländern - getragen, und verbinden in ihrer Ideenwelt das Streben nach materieller und geistiger Modernisierung mit einem betont antikolonialen Nationalismus und einem nicht klassengebundenen, volkstümlerischen Sozialismus. Als Motoren der materiellen und geistigen Entwicklung sind sie nicht nur den traditionalistischen autoritären oder despotischen Regimen solcher Länder - nicht alle Diktaturen in unterentwickelten Ländern sind Entwicklungsdiktaturen! - sondern auch den scheinparlamentarischen, in Wirklichkeit aber oligarchischen Regimen, die ihnen in vielen Fällen vorausgingen, weit überlegen."

Der Schweizer Journalist Dr. L. Stucki erklärte zum Thema der Diskussion:

"Schließt die wahre Demokratie jede Art von Privilegien und traditionellen Unterschieden, von Rechten und Pflichten aus? Demnach wäre die Schweiz eine ganz schlechte Demokratie, denn bekanntlich haben die Frauen in der Schweiz in nationalen Angelegenheiten und in den meisten Teilen des Landes auch in lokalen Wahlen und Abstimmungen kein Wahl- und Stimmrecht. Umgekehrt kämen die kommunistischen Länder im demokratischen Wettbewerb recht gut weg: Das Regime hat mit allen Traditionen und ihren Vorrechten und Rangunterschieden radikal aufgeräumt - allerdings nicht ohne allmählich neue Vorrechte größten Ausmaßes zu schaffen; die Frauen sind den Männern dort völlig gleichgestellt, so sehr, daß sie nun ebenso wie diese als Maurer und Handlanger beim Straßen- oder Kanalbau eingesetzt werden, von ihren besonderen Mutterpflichten durch staatliche Kinderkrippen "befreit" sind und in den Volkskommunen Chinas die Einrichtung geschlechtergetrennter Schlafhäuser und Massenkantinen ihnen sogar die Pflichten des Haushaltes und der Betreuung des Heimes abnehmen.

Es gibt heute offensichtlich in der Welt eine gewisse Tendenz, in der Demokratie weniger eine rechtlich geordnete Sache der politischen Macht und der persönlichen Freiheit als vielmehr eine gesellschaftlich-menschliche Gleichmacherei zu sehen. Ja, der Ausdruck "Demokratie" ist derartig zum Modewort geworden,



daß sein Inhalt sozusagen unbeschränkt ausgeweitet wird und manche ganz unbedenklich alles mit "demokratisch" oder "undemokratisch" bezeichnen, was sie anpreisen oder kritisieren wollen, was sie fordern oder was ihnen nicht paßt, während sie den eigentlichen Sinn des Wortes und den Kern der Sache aus den Augen verlieren.

Zwar kann heutzutage keiner mehr offen gegen die Demokratie sein, ohne sich dadurch in ähnlicher Weise zu kompromittieren, wie wenn er das Menschenfressen, den Sklavenhandel, die Prostitution oder den Kolonialismus befürwortete. Das bedeutet aber nur, daß sich auch die Feinde der Demokratie nunmehr Demokraten nennen und die Inflation des Wortes Demokratie in unheilvoller Weise vergrößern. Wenn sich die kommunistischen Satelliten-Diktaturen in Osteuropa als "Volksdemokratien" bezeichnen oder der indonesische Präsident Sukarno seine Präsidialdiktatur eine "gelenkte Demokratie" nennt, so sind das nur extremste Beispiele für eine über Indonesien und das kommunistische Imperium weit hinausgehende Begriffsverwirrung.

Die Wissenschaft sagt uns, daß unter allen im Weltall möglichen Bedingungen nur ganz wenige, außergewöhnliche das Leben ermöglichen. Gibt es keinen Luftmantel oder einen zu dichten, ist der Planet zu heiß oder zu kalt, die Strahlungen von außen und von innen zu stark oder zu schwach, der Rhythmus der Umdrehung zu schnell oder zu langsam, so kann Leben sich nicht entwickeln. Mit der Demokratie ist es ähnlich: Nur in der schmalen Zone zwischen ungebändigter Macht und zügelloser Freiheit - die rasch in die ungebändigte Macht umzuschlagen pflegt - ist sie lebensfähig, ständige Aufgabe des Ausgleichs, des Einsatzes, der Wachsamkeit gegen die Gefahren, die ihr stets von zwei Seiten drohen, schwierig wie die Freiheit im allgemeinen und wie das Leben selbst. Es ist einfacher und vor allem bequemer, sie aufzugeben, und ihre Unvollkommenheiten liefern dafür Vorwände genug. Doch in einer Zeit und in Staaten, wo der Stand von Industrie und Technik die unkontrollierte Macht mit früher undenkbareren Terrormitteln ausstatten kann, wie George Orwell sie geschildert hat, und die ungezügelte Freiheit zum Chaos menschlichen Selbstmordes führen kann, wird die Demokratie zum einzigen Garanten eines menschenwürdigen Lebens.



Von Prof. Dr. A. Wandruszka liegt folgende Zusammenfassung seines Diskussionsbeitrages vor:

"Das Problem fällt mit dem allgemeineren einer Sicherung gegen Aggression weitgehend zusammen. Eine solche Sicherung kann erfolgen durch die traditionellen Mittel der Diplomatie (Bündnisse, Nichtangriffspakte, Neutralitätserklärungen), durch überstaatliche Organisationen (Völkerbund, Vereinte Nationen), durch umfassende definitive Bündnissysteme (NATO, SEATO).

Diese verschiedenen Sicherungsmittel schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander, wie ja auch das letztgenannte Mittel eine Kombination aus den beiden ersten darstellt.

Außerdem muß im Inneren der betreffenden Staaten ein entschiedener und unmißverständlicher Wille zur Verteidigung der Freiheit und Demokratie vorhanden sein, wenngleich dieser Wille allein gegen einen übermächtigen aggressiven Gegner meist nicht ausreicht.

Nur eine funktionierende Demokratie kann sich selbst wirksam verteidigen, bzw. wird von ihren Bürgern verteidigt. Aus der Fülle der Probleme seien drei herausgegriffen: Die Notwendigkeit - und die Problematik - des "floating vote", der unentschiedenen und schwankenden Wähler. Die Gefährdung der Demokratie durch die Ausbildung einer starren, vom Volk isolierten "Funktionärskaste". Das Problem der "innerparteilichen Demokratie"."

- - -

#### Rundfahrten "Neues Wien"

=====

23. Juni (RK) Montag, den 26. Juni, Route 4 mit Besichtigung des Pädagogischen Instituts, der Stadthalle, der Per Albin Hansson-Siedlung und der Aufforstung auf dem Laaer Berg sowie anderer städtischer Einrichtungen und Wohnhausanlagen. Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

- - -



Lindenhof - ein neues Heim in alten Mauern  
=====

23. Juni (RK) "A happy day" spielte die "Lime-Tree-Band" unter der uralten Linde, und es war wirklich ein glücklicher Tag für die jungen Burschen des Erziehungsheimes Eggenburg. Mit diesem Tag nämlich heißt die 1888 eröffnete Besserungsanstalt, die dann Erziehungsanstalt genannt wurde, auch nicht mehr "Erziehungsheim Eggenburg", sondern einfach "Der Lindenhof". Diese Umbenennung hat aber nicht nur einen symbolischen Charakter. Wie der Amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen Maria Jacobi heute dem Finanzreferenten Vizebürgermeister Slavik, den Stadträten Bauer und Sigmund, den Mitgliedern des zuständigen Gemeinderatsausschusses und Vertretern sozialer Institutionen zeigen konnte, befindet sich der Lindenhof auch in einer grundlegenden äußeren Wandlung. Von den 15 Gruppen für 300 junge Burschen und 100 Kinder sind einstweilen vier Gruppen umgebaut und modernisiert worden. Wer vorher die alten Zimmer gesehen hat, in denen man nur mit den primitivsten Mitteln ein bißchen Wohnlichkeit erzielen konnte, kann sich vorstellen, wie sich die Burschen darauf freuen, in die hellen, blitzsauberen und freundlichen neuen Räume einziehen zu können. Dies umsomehr als die Möbel von den Tischlerlehrlingen des Lindenhofes selbst angefertigt werden.

Wie stolz die Burschen darüber sind, nunmehr im Lindenhof zu leben, geht vielleicht am besten daraus hervor, daß man ein eigenes Abzeichen - ein Lindenblatt - geschaffen hat, das von den jungen Leuten gerne getragen wird. Sie schämen sich also nicht ihres Aufenthaltes im Erziehungsheim Eggenburg, sondern sie sind froh über ihre Zugehörigkeit zum Lindenhof.

Wie Stadtrat Maria Jacobi erklärte, soll der Umbau des Lindenhofes in drei Jahren vollendet sein. Schon jetzt aber erfüllt der Lindenhof seine Aufgabe, aus gefährdeten Jugendlichen ordentliche Menschen und Staatsbürger zu machen. Die Zeit, die die jungen Leute im Lindenhof verbringen, soll ihnen helfen, eine Brücke zum normalen Leben zu schlagen. Das Heim ist daher kein Erholungsheim und es werden manche Anforderungen an die Burschen gestellt. Sie gehen in die Lehre - sie können unter elf Berufen



wählen - und sie haben ihre Pflichten zu erfüllen. Die Leitung des Lindenhofes ist aber auch bemüht, den Burschen zu helfen, ihre Freizeit sinnvoll zu verwenden. Sie können Sport betreiben, der Lindenhof hat sogar ein eigenes Schwimmbad, und ein großer Fußballplatz ist im Bau, der durch eine Spende der Wiener Fortbildungsschüler ermöglicht wurde. Auch gutes Benehmen ist im Lindenhof gefragt; man hat sich Herrn Elmayer extra zu Kursen nach Eggenburg geholt. Geplant sind auch Volksbildungskurse und Sprachkurse im Lindenhof. Mit besonderer Begeisterung aber sind die jungen Leute unter der Führung eines Wiener Musikstudenten beim Musizieren. Natürlich spielen sie vor allem Jazz. Seit vier Monaten existiert die kleine Musikkapelle, aber sie haben in dieser kurzen Zeit erfreulich viel gelernt. Die Musiker konnten heute auch gleich Direktor Kostron von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für die Musikinstrumente danken, deren Kauf durch eine Spende der Sparkasse möglich wurde.

Vizebürgermeister Slavik äußerte sich über die Wandlung, die in Eggenburg schon jetzt sichtbar wird, äußerst befriedigt. Er versprach den Lindenhofbewohnern, daß er weitere Mittel für den Umbau und die Renovierung zur Verfügung stellen werde, dafür sollten sie aber fleißig und rasch an der Vollendung der Möbel und Einrichtungsgegenstände arbeiten.

- - -